

Sitzungsniederschrift

Der Hauptausschuss der Stadt Kremmen führte die 7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 21.06.2018 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Busse, Sebastian	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Mittelstädt, Gerhard	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Dr. Gebauer, Stefanie	Mitglied

b) abwesend

./.

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak

d) Gäste

./.

e) Presse

MAZ, OGA

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **07.06.2018** auf **Donnerstag**, den **21.06.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Der Hauptausschuss war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung vom 15.03.2018
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschlussempfehlung: Satzung der Stadt Kremmen zur Erhebung von Kostenbeiträgen in den Kindertagesstätten und der Tagespflege der Stadt Kremmen
7. Beratung und Beschlussempfehlung: Satzung der Stadt Kremmen über die Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen in Trägerschaft der Stadt Kremmen (Essengeldsatzung)
8. Beratung: Aufhebung der Gebührensatzung für die Verleihung der Festzelte der Stadt Kremmen
9. Beratung zur Erstellung des Verkehrskonzeptes für die Altstadt und das angrenzende Scheunenviertel in Kremmen
10. Einberufung der Satzungskommission
11. Beratung: Schaffung einer weiteren Stelle im Tourismusinformationspunkt der Stadt Kremmen
12. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung vom 15.03.2018
2. Beratung und Beschlussempfehlung: Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Kremmen, Flur 28, Flurstück 74/7
3. Beratung und Beschluss: Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Sommerfeld, Flur 2, Flurstück 8
Beschlussvorlage - 01-34-2018
4. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Hauptausschusssitzung am 21.06.2018	Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p>Eröffnung der Sitzung Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Sebastian Busse, eröffnet am Donnerstag, dem 21.06.2018 um 19:02 Uhr die 7. Sitzung des Hauptausschusses. Er begrüßt die Mitglieder des Hauptausschusses, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Pressevertreter. Bürger sind nicht anwesend.</p> <p>Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die form- und fristgemäße Ladung zur Sitzung fest. Alle Mitglieder des Hauptausschusses sind anwesend.</p>			
2.	<p>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung vom 15.03.2018 Es werden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgetragen, somit ist der öffentliche Teil der Niederschrift über die Hauptausschusssitzung vom 15.03.2018 bestätigt.</p>			
3.	<p>Feststellung der Tagesordnung Es werden keine Änderungsanträge gestellt, demzufolge wird gemäß vorliegender Tagesordnung weiter verfahren.</p>			
4.	<p>Informationen des Bürgermeisters Herr Busse erklärt, dass er keine neuen Informationen habe.</p>			
5.	<p>Einwohnerfragestunde Herr Kurth fragt, wann die Rettungswache in Kremmen eröffnet wird. Lt. Informationen des Landkreises ist die Eröffnung für den Juli 2018 vorgesehen, berichtet Herr Busse.</p>			
6.	<p>Beratung und Beschlussempfehlung: Satzung der Stadt Kremmen zur Erhebung von Kostenbeiträgen in den Kindertagesstätten und der Tagespflege der Stadt Kremmen Die Beratungsthemen der Tagesordnungspunkte 6 und 7 wurden bereits mehrfach in den verschiedensten Gremien beraten, erklärt Herr Busse.</p> <p>Herr Tietz berichtet, dass der Kultur- und Sozialausschuss die beiden Dokumente gebilligt habe. Der Ausschuss sei sehr froh, dass nach der langen Vorbereitungszeit, jetzt hoffentlich rechtlich einwandfreie Satzungen zur Verabschiedung empfohlen werden konnten.</p> <p>Herr Koop bezieht sich auf die zur Erhöhung des Essengeldes für die Senioren, diese Diskussion hätte nicht geführt werden müssen. Er sehe die Ermäßigung für die Eltern sehr positiv. Der Haushalt würde dadurch jedoch viel mehr belastet. Hier komme man den Kindern entgegen, schade, dass die Schraube bei den</p>			

	<p>Senioren hoch gedrückt wurde. Herr Busse meint, dass die Diskussion nicht für umsonst war. Die Schulküche biete kein extra Seniorenessen an, sondern Essen für Kinder und Erwachsene. Mit der Essengeldsatzung werde sich an geltendes Recht gehalten. Das Essengeld für Erwachsene hätte die Stadt ohne Erhöhung nicht in den Ruin getrieben, bemerkt Herr Koop.</p> <p>Herr Tietz fragt, worauf sich die 210 T€ Mehrausgaben beziehen würden. Bisher hatte die Stadt ca. 650 T€ Gesamteinnahmen pro Jahr aus Elternbeiträgen, teilt Herr Busse mit. Diese würden sich mit In-Kraft-Treten der Satzung um ca. 210 T€ reduzieren. Hinzu kämen noch ca. 50 T€ weniger Einnahmen an Essengeld.</p> <p>Anschließend bittet Herr Busse um Abstimmung zur Beschlussempfehlung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p> <p>Mit dem Abstimmungsergebnis liegt die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vor.</p>			
7.	<p>Beratung und Beschlussempfehlung: Satzung der Stadt Kremmen über die Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen in Trägerschaft der Stadt Kremmen (Essengeldsatzung)</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, bittet Herr Busse um Abstimmung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p> <p>Damit haben die Mitglieder des Hauptausschusses die Empfehlung zur Beschlussfassung der Essengeldsatzung ausgesprochen.</p>			
8.	<p>Beratung: Aufhebung der Gebührensatzung für die Verleihung der Festzelte der Stadt Kremmen</p> <p>Herr Busse verweist auf die beigefügte Satzung und Begründung zur Aufhebung. Der Aufwand der Wirtschaftshofmitarbeiter sei nicht der einzige Grund für die Anregung zur Aufhebung der Satzung, sondern auch die Vergabe an Private. Es könne nicht jedem Recht getan werden, und das führe zu gewissen Unmut. Zudem liegen die Kosten in keinem Verhältnis. Es gebe mehr Aufwand als Nutzen.</p> <p>Frau Dr. Gebauer fragt, wie oft Zelte an Private verliehen wurden und wie hoch die Einnahmen waren. Eine Auflistung über die Anzahl habe Herr Busse nicht vorliegen. Die Höhe der</p>			

	<p>Einnahmen sei jedoch minimal und hauptsächlich ginge es um die Gerechtigkeit, die derzeit nicht gegeben sei.</p> <p>Auch Herr Koop meint, dass die Verleihung des Zeltes zu aufwendig sei und sich nicht rechne. Er habe dies grob überschlagen. Bei 5 Stunden (25 € pro Stunde) mit vier Mitarbeitern einschließlich Sozialabgaben liegen die Ausgaben bei 480 € und die Einnahmen betragen 330 €.</p> <p>Die Hauptausschussmitglieder sprechen sich für die Aufhebung der Satzung aus.</p>			
9.	<p>Beratung zur Erstellung des Verkehrskonzeptes für die Altstadt und das angrenzende Scheunenviertel in Kremmen</p> <p>Herr Busse erklärt zu Beginn des Tagesordnungspunktes, dass er wirklich alle Beschlüsse sehr ernst nehme. Aber mit diesem Beschluss gebe es große Probleme. Er verliert die Informationen von Frau Siebmann, die wie folgt lauten: "Um ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept erstellen zu können, ist die Zusammenarbeit mit einem geeigneten Ingenieurbüro notwendig. Es wurden zum Thema Verkehrskonzept lange Internet- und Telefonrecherchen durchgeführt. Es stellte sich heraus, dass kaum geeignete Büros existieren und die geeigneten überlastet sind. Auf die Anfrage per Mail an elf Büros deutschlandweit, ob die Erstellung eines Verkehrskonzeptes geboten wird, kam eine Antwort. Dieses eine Büro wäre geeignet, aber aufgrund der hohen Auslastung wurde von einem Beratungsgespräch abgesehen." Hinzu käme, dass nicht klar sei, was eigentlich gewünscht werde.</p> <p>Es folgen mehrere Wortmeldungen.</p> <p>U.a. weist Frau Dr. Gebauer darauf hin, dass im Beschluss stehen würde, was geklärt werden sollte. Wenn sich ein Büro gemeldet hat, das momentan keine Zeit habe, sollte diese jedoch nicht aus den Augen verloren werden.</p> <p>Die SPD-Fraktion als Einreicher der Beschlussvorlage habe die Ziele klar formuliert, erklärt Herr Koop. Auch der Scheunenviertelverein und der Ortsbeirat Kremmen hätten die Richtung vorgegeben. Es gibt einen Beschluss und die Arbeitsgrundlagen wurden genau definiert. Die Stadt brauche ein Verkehrskonzept.</p> <p>Herr Tietz regt an, bestimmte Dinge, die auf der Liste stehen, wenigstens zu entschärfen, z.B. Ecke Grabenstraße.</p> <p>Einige Punkte könnten selbst erledigt werden, sieht Herr Busse auch so. Er habe sich aber bereits an den Landesbetrieb</p>			

	<p>gewandt. Es sei ganz klar, dass man dort nicht Parken darf, war die Antwort. Ähnlich in der Berliner Straße, hier wurde auf das Parkverbot vor dem abgesenkten Bordstein verwiesen. Auch eine Linksabbiegerspur zum Scheunenviertel habe er beim Landesbetrieb vorgestellt. Dieser würde der Landesbetrieb zwar zustimmen, aber die Stadt müsse das Vorhaben selbst finanzieren. Auch zum Vorschlag, das Ortseingangsschild nach außerhalb aufzustellen, führt kein Weg. Nur ein einstimmiger Beschluss könne möglicherweise dazu führen, genauso wie eine 30-iger Zone.</p> <p>Die verkehrsrechtlichen Probleme seien hier bekannt, meint Herr Kurth. Wenn der Landesbetrieb sich so anstelle, sollte ein Paket geschürt werden, meint Herr Kurth. Dieses Paket werde dann erst im Bau- und Wirtschaftsausschuss beraten und in der SVV sollte dann ein einstimmiger Beschluss herbeigeführt werden. Das sei vielleicht wirkungsvoller.</p> <p>Der Ortsbeirat ist der Meinung, dass ein Verkehrsplanungsbüro beauftragt werden sollte, da die Ortsbeiratsmitglieder keine Fachleute seien, berichtet Herr Koop. Er weist nochmals auf den bestehenden Beschluss hin.</p> <p>Abschließend erklärt Herr Busse, dass der Beschluss weiter verfolgt werde. Die Umsetzung im 1. Halbjahr sei jedoch nicht möglich. Er bittet, in den einzelnen Fraktionen darüber zu informieren.</p>			
10.	<p>Einberufung der Satzungskommission</p> <p>Der Beschluss zur Bildung einer Satzungskommission wurde in der SVV am 29.06.2017 gefasst, berichtet Frau Haak. Da wir uns jetzt in der Endphase mit der Kita-Satzung befinden, sollten jetzt die nächsten Schritte angegangen werden. Sie fragt, ob die Fraktionen schon Mitglieder sowie Stellvertreter benennen können.</p> <p>Es folgen folgende Benennungen:</p> <p><u>Für die Fraktion DIE LINKE / Bürger für Bürger / Koop:</u> Mitglied: Reiner Tietz Stellvertreter: Fritz Falkenberg</p> <p><u>Für die Fraktion SPD / Grüne:</u> Mitglied: Andreas Kretzschmar Stellvertreterin: Margareta Ganschon</p> <p><u>Für die Fraktion UWG / LGU:</u></p>			

	<p>Mitglied: Dr. Stefanie Gebauer Stellvertreter: Jürgen Kurth</p> <p>Die CDU-Fraktion reicht die Benennungen nach.</p>			
11.	<p>Beratung: Schaffung einer weiteren Stelle im Tourismusinformatikpunkt der Stadt Kremen</p> <p>Herr Busse gibt einige Erläuterungen. U. a. weist er darauf hin, dass Frau Busse Aufgaben von Frau Stolzenberg übernommen habe. Sie koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt und koordiniert zudem auch noch die Seniorenarbeit. Weiterhin vertritt sie die Stadt bei Messen und hilft bei der Organisation von Festen, bearbeitet Flyer, aktualisiert die Homepage der Stadt und ist Redakteurin des Kremen-Magazins. Die Tourismusarbeit in Kremen müsse noch ausgebaut werden, z. B. im Wassertourismus. Auch die Internetpräsenz der Stadt ließe zu wünschen übrig. Mit Herrn Krüger wird der TIP mit den genannten Aufgaben mit 72 Wochenstunden betreut.</p> <p>Es folgt eine rege Diskussion.</p> <p>U. a. erklärt Herr Busse auf Anfrage von Frau Dr. Gebauer, dass es keine geringfügig Beschäftigte im TIP gebe. Es sei vorgesehen, dass die Neueinstellung die Gästebetreuung in der Scheune übernehmen soll. Zudem solle die zusätzliche Stelle die Pressearbeit übernehmen. Die zusätzliche Stelle (35 Wochenstunden) würde der Stadt ca. 30 T€ kosten. Zudem hinterfragt Frau Dr. Gebauer den Mehrwert. "Wir verkaufen Kremen", so Herr Busse. So gebe es u.a. auch die Vorstellungen, Begrüßungstüten für Neubürger zu packen. Dazu fehle die Zeit.</p> <p>Zudem unterstützt Frau Dr. Gebauer den Vorschlag von Herrn Tietz, dass Frau Busse im Rathaus ihre Funktion ausübt und von dort u.a. die Öffentlichkeitsarbeit ausführt. Herr Kurth weist in diesem Zusammenhang auf eine notwendige Krankheits- bzw. Urlaubsvertretung im TIP hin. Und Herr Busse erklärt, dass es im Rathaus auch keine freien Räumlichkeiten geben würde.</p> <p>Herr Koop fragt nach einem Vergleich des Personalschlüssels in anderen Kommunen.</p> <p>Die Gemeinde Oberkrämer hat im vergangenen Jahr mit einer Stelle begonnen, bereits in diesem Jahr wurde eine zweite Stelle geschaffen, berichtet Herr Busse.</p> <p>Die Stadt Oranienburg ist mit vier Stellen im Tourismusbüro besetzt, erklärt Herr Koop. Er bittet um Vorlage einer Gegenüberstellung der Personalstellen im Tourismusbereich mit</p>			

	<p>anderen vergleichbaren Städten und Gemeinden und Vergleichszahlen zur Kostenentwicklung Personal. Zudem verweist Herr Koop auf die ökonomische Seite. Es müsse kritisch betrachtet werden, ob die Stadt sich eine weitere Stelle im TIP leisten kann. Die Personalkosten liegen jetzt bereits bei ca. 43 % und erst kürzlich wurde die Stelle eines Hallenwartes geschaffen. Durch die Steigerung der Personalkosten verringere sich das Investitionsvolumen der Stadt. Möglicherweise könnten Aufgaben anders strukturiert werden. Zudem sollte geprüft werden, ob alle aufgeführten Veranstaltungen abgedeckt sein müssen. Möglich wäre auch eine geförderte Stelle. Es gebe bereits eine geförderte Planstelle über die AMI Süd, jedoch leider keine Bewerber, berichtet Herr Busse. Weiterhin sagt Herr Busse die Vorlage der Vergleichszahlen zu.</p> <p>Frau Dr. Gebauer fragt, ab wann die Stelle geschaffen werden soll. Wünschenswert wäre es zum 01.09. oder 01.10.2018, so Herr Busse. Bewerbungsverfahren und evtl. Kündigungsfristen sind zu berücksichtigen.</p> <p>Daraufhin plädiert Frau Dr. Gebauer dafür, die zusätzliche Stelle im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2019 zu betrachten. Gibt es der Haushalt her, ist auch kein Beschluss erforderlich.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Busse diesen Tagesordnungspunkt.</p>			
12.	<p>Sonstiges</p> <p>Herr Busse berichtet von den problematischen Zuständen der beiden Teiche in Kremmen und Flatow u.a. aufgrund der hohen Temperaturen. Zudem war eine Pappel in den Mertenpfuhl gestürzt. Jetzt werden beide Teiche unter der Regie der AMI Süd beräumt. Der Stadt entstehen so keine direkten Kosten. In der kommenden Woche sollen die Arbeiten beginnen.</p> <p>Herr Tietz bezieht sich auf die Stadtverordnetenversammlung vom 17.05.2018. Hier habe man sich geeinigt, über die wichtigen Bauvorhaben (z.B. Erweiterung Schulkomplex, Feuerwehrbau, Kitaanbau) zu beraten. Frau Dr. Gebauer schlug eine gemeinsame Finanzausschuss- und Bau- und Wirtschaftsausschusssitzung vor. Bisher gebe es leider noch keinen Termin.</p> <p>Nach kurzem Meinungsaustausch wird vereinbart, dass die Verwaltung einen Termin mit den Ausschussvorsitzenden organisiert, und zwar nach den Ferien.</p> <p>Herr Winkler fragt, wann die Straßenreparaturarbeiten beginnen werden, vorgesehen war die 24. bzw. 25. KW. Herr Busse</p>			

	<p>erklärt, dass mit dem Auftragnehmer Zeitplan festgelegt wurde. Er wird morgen im Bauamt nachfragen.</p> <p>Frau Dr. Gebauer bezieht sich auf das Kremmen Magazin. Sie wünsche sich mehr Informationen aus der Gremienarbeit. Ein bißchen weiter weg vom Kremmen-Magazin in Richtung Amtsblatt. Zudem störe sie die Vermischung mit der Kirche, es dürfe nicht nur eine Religion bevorteilt werden.</p> <p>Die Kremmen-Magazine bekomme jeder Haushalt, berichtet Herr Busse. Die Kosten für die Stadt betragen ca. 5 T€ ohne Arbeitskosten. Ein eigenes Magazin, im Werbeblock verteilt, würde ca. 8 T€ kosten und bei einer externen Verteilung würden die Kosten ca. 30 T€ betragen.</p> <p>Auf Nachfrage von Frau Dr. Gebauer erklärt Herr Busse, dass es keine Verhandlungen mit dem Landkreis Oberhavel zu einer evtl. Übernahme der Trägerschaft der Oberschule gibt. Es gab lediglich eine Interessenbekundung des Landkreises. Er habe an einer Veranstaltung in der Gemeinde Oberkrämer teilgenommen und dort bekundet, dass ein Neubau in Oberkrämer für Kremmen eine Schwächung bedeute. In Kremmen gebe es insgesamt 220 Plätze, davon seien 110 Kremmener Schüler und 110 kämen von auswärts. Daraufhin habe Herr Kahl, (kommissarisch) Dezernent für Bildung und Jugend des Landkreises, um einen Besichtigungstermin der Kremmener Schule gebeten. Es fand ein Vor-Ort-Termin statt, aber es gab keine Verhandlungen.</p> <p>Herr Kahl habe Kremmen als "Ausweichschule" betitelt, sagt Frau Dr. Gebauer. Sie wehrt sich dagegen sehr, Kremmen hat eine "Schule" und die ist auch gewollt.</p> <p>Kremmen hat keine "Ausweichschule", aber es sollte aufgepasst werden, dass dies keine Ausweichschule wird, fügt Herr Voigts hinzu.</p> <p>Herr Koop war auch sehr überrascht, als er aus der Presse von dem Besichtigungstermin erfahren habe. Er meint, die Stadtverordneten hätten informiert werden müssen. Hennigsdorf habe klipp und klar gesagt, wir sind an einer Übergabe der Trägerschaft nicht interessiert. Dies halte er für den richtigen Weg. Schließlich gab es in Kremmen einen Mehrheitsbeschluss.</p> <p>Bei der geplanten gemeinsamen Ausschusssitzung (Finanzausschuss und Bau- und Wirtschaftsausschuss) müsse auch das Klubhaus Thema sein, erklärt Herr Koop. Zum Vorhaben Klubhaus seien auch noch Anfragen aus der Mai-Ortsbeiratssitzung offen, die Frau Tamms seinerzeit übergeben wurden. Das Projekt müsse fortgeführt werden.</p>			
--	---	--	--	--

	<p>Weiterhin erfragt Herr Koop die finanziellen Auswirkungen der geplanten Vereinsrichtlinie. Erhalten Vereine, die noch Altverträge haben, mehr oder weniger Zuschüsse? Finanzielle Auswirkungen können der beigefügten Tabelle entnommen werden, erklärt Herr Busse.</p> <p>Ist es richtig, dass bis zum 30.06.2018 die Ortsbeiräte die Investitionen für 2018 vorschlagen müssen, fragt Herr Koop. Er wurde bisher noch nicht informiert. Im vergangenen Jahr war der 30.07. vorgegeben, so Herr Busse. Und in diesem Jahr ist der 30.06. genannt worden, im kommenden Jahr soll Endtermin der 30.05. sein.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Busse den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:19 Uhr.</p>			